

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: SPD-Fehlentscheidungen korrigieren – Zukunft der saarländischen Auto- und Zulieferindustrie durch technologieoffene Politik sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Automobil- und Zulieferindustrie, einschließlich des zugehörigen Mittelstands, ist der bedeutendste Wirtschaftszweig im Saarland. Auch aufgrund dieser Branchenkonzentration ist das Saarland wie kein anderes Bundesland vom notwendigen Umbau von Industrie und industriellem Mittelstand hin zur Klimaneutralität betroffen. Auf diesem Weg haben die wirtschafts- und energiepolitischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre das Saarland überdurchschnittlich getroffen und belastet. Die Deindustrialisierung schlägt gerade hier bei uns voll zu. Produktionsverlagerungen, Standortschließungen und Arbeitsplatzabbau gefährden die industrielle Substanz des Landes.

Seit der Regierungsübernahme durch die SPD-Alleinregierung ist die saarländische Wirtschaft massiv unter Druck geraten. Eine schlechte Nachricht folgt der nächsten. Angesichts des tiefgreifenden Strukturwandels in der Automobilindustrie – insbesondere im Hinblick auf das Produktionsende bei Ford – stehen wir vor erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Deshalb ist es von größter Bedeutung, den Transformationsprozess der Autoindustrie aktiv zu begleiten und die vorhandenen industriellen Stärken als Chance für die Zukunft zu nutzen. Jede weitere wirtschaftspolitische Fehlentscheidung der SPD-Alleinregierung gefährdet den Automobilstandort Saarland.

Eine zentrale Ursache für die Krise der Automobilindustrie ist die ideologisch verengte, einseitige Fixierung auf einzelne, politisch definierte Technologien. Während sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer in der Autoindustrie für Technologieoffenheit plädieren, hat die SPD im Bund – und insbesondere in der EU – das Verbrennerverbot durchgesetzt. Das war Politik gegen die Interessen der saarländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Verbot des Verbrennungsmotors muss deshalb rückgängig gemacht werden. Es gefährdet die herausragende Stellung des Saarlandes unter den europäischen Automobil-

standorten. Dabei sind moderne Verbrennungsmotoren eine deutsche Spitzentechnologie mit Zukunft. Es wäre fahrlässig, diese Technologie sehenden Auges in andere Weltregionen abwandern zu lassen. Die im Koalitionsvertrag von Union und SPD im Bund vereinbarte Technologieoffenheit ist die Grundlage für eine Rücknahme des Verbrennerverbots auf EU-Ebene. Wir erwarten, dass sich die Bundesregierung für eine zeitnahe Umsetzung einsetzt.

Der von der EU-Kommission am 5. März 2025 vorgelegte Aktionsplan für die europäische Automobilindustrie ist ein erster, wichtiger Schritt zur Bewältigung der aktuellen Krise in unserer Schlüsselbranche. Besonders die Flexibilisierung der CO₂-Ziele für 2025 und die damit verbundene Abwendung von Milliardenstrafen sind ein positives Signal für unsere Industrie – insbesondere auch für die vielen mittelständischen Zulieferbetriebe im Saarland. Eine Politik, die auf technologieoffene und pragmatische Lösungen setzt, unterstützen wir vollumfänglich. Deshalb setzen wir uns für flexible CO₂-Flottengrenzwerte ein, die den Herstellern Planungssicherheit geben und ihre wirtschaftliche Substanz nicht gefährden. Eine Dreijahresmittelung der Grenzwerte ist ein wichtiger Schritt, um unverhältnismäßige Strafzahlungen zu vermeiden und gleichzeitig die europäischen Klimaziele im Blick zu behalten. Zugleich müssen auch die Prüfmethode angepasst werden. Die CO₂-Emissionen dürfen nicht nur am Auspuff eines Fahrzeugs gemessen werden – es muss eine Life-Cycle-Analyse für den gesamten CO₂-Fußabdruck erfolgen.

Die Einigung im EU-Rat zur Neufassung der Verordnung über Altfahrzeuge (End-of-Life Vehicles, ELV-Directive) ist ein weiterer wichtiger Schritt für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft in Europa. Diese Neuregelung setzt Impulse für mehr Recycling, Ressourcenschonung und geringere Abhängigkeit von Rohstoffimporten, insbesondere im Fahrzeugsektor. Wir sehen darin nicht nur ein Umweltprojekt, sondern auch wirtschaftliches Potenzial für das Saarland im Bereich Innovation, neuer Geschäftsmodelle und regionaler Wertschöpfung. Gerade deshalb darf sich eine zukunftsgerichtete Kreislaufwirtschaft nicht auf Kunststoffe und Metalle beschränken. Insbesondere das Recycling von Altreifen sowie die Nutzung von Gummirezyklaten erfahren bislang zu wenig politische Aufmerksamkeit. Dabei zeigt das Beispiel der im Saarland ansässigen Pyrum Innovations AG, welches Potenzial in diesem Bereich steckt: Durch innovative thermische Verfahren werden dort bereits heute hochwertige Sekundärrohstoffe wie Öl, Gas und Industrieruß zurückgewonnen. Dieses vorbildliche Engagement eines saarländischen Unternehmens unterstreicht die Notwendigkeit, das Thema Altreifenrecycling sowohl auf Landes- als auch auf Bundes- und EU-Ebene stärker zu fördern und als festen Bestandteil einer umfassenden Kreislaufwirtschaft zu verankern.

Gerade im Autoland Saarland darf das Auto nicht verteufelt werden. Der politische Feldzug der SPD-Alleinregierung gegen das Auto – wie ihn etwa die Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz bei der Vorstellung des Klimaschutzgesetzes propagierte – muss gestoppt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Ministerin das Auto zum Feind erklärt, während Tausende Arbeitsplätze im Saarland von der Automobilindustrie abhängen. Wer auf das Auto angewiesen ist, weil er im ländlichen Raum lebt, wird mit

Verboten gegängelt. Dies ist auch deshalb inakzeptabel, weil der ÖPNV selbst nach 13 Jahren SPD-geführter Verantwortung im saarländischen Verkehrsministerium nicht in Schwung kommt – weder innerhalb des Saarlandes noch bei der Anbindung an das übrige Bundesgebiet sowie nach Luxemburg und Frankreich.

Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- ein klares Bekenntnis zur Automobil- und Zulieferindustrie, einschließlich dem zugehörigen Mittelstand, als Leitindustrie im Saarland und zur Bedeutung der Branche für Arbeitsplätze, Wohlstand und technologischen Fortschritt abzugeben;
- sich zur Technologieoffenheit zu bekennen, indem alle klimafreundlichen Antriebstechnologien gefördert werden, anstatt einseitige Verbote zu forcieren;
- sich für eine zeitnahe und rechtsichere Abschaffung des Verbrennerverbotes auf EU- sowie auf Bundesebene einzusetzen;
- auf Bundes- und europäischer Ebene die Neufassung der Verordnung über Altfahrzeuge – auch und gerade im Sinne der saarländischen Wirtschaft – zu unterstützen und zu begleiten,
- die Förderung der E-Mobilität durch gezielte Kaufanreize, einschließlich Plug-in-Hybridfahrzeugen, sowie den konsequenten Ausbau der Ladeinfrastruktur vorantreiben;
- die Innovationskraft der Branche zu sichern, indem gezielte Förderprogramme für Forschung und Entwicklung von Wasserstoffantrieben, synthetischen Kraftstoffen, Biokraftstoffen und neuen Batterietechnologien ausgebaut werden;
- auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die Grenzwertregulierung schrittweise ausläuft, um eine doppelte Belastung der Industrie und der Kunden durch die CO₂-Flottenregulierung und die Aufnahme des Transport- und Wärmesektors in das EU-Emissionshandelssystem (ETS) ab 2027 zu vermeiden;
- eine Neuausrichtung sowie die Aussetzung der Strafzahlungen der CO₂-Flottenregulierung der EU zu unterstützen, um realistische Übergangsfristen für klimafreundliche Technologien zu ermöglichen und Strafzahlungen zu vermeiden;
- sich für die Überprüfung der CO₂-Reduktionsziele für schwere Nutzfahrzeuge und Trailer einzusetzen;
- auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die fahrzeugseitige

Betrachtung der Emissionen eines Fahrzeugs zugunsten einer ganzheitlichen Betrachtung des gesamten Lebenszyklus angepasst werden.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.